

JULIA JAROSCHEWSKI

RIO DE JANEIRO

Als ein Teil der Demonstranten Steine und brennende Gegenstände gegen das Haus des Stadtrates von Rio de Janeiro schleuderte, war die friedliche Demonstration vorbei. Erneut hatten Zehntausende Brasilianer am Montagabend gegen das schlechte Bildungssystem und die Unterbezahlung der Lehrer protestiert. Nach zwei Stunden allerdings sonderte sich eine Gruppe von etwa 200 verumumten Menschen ab, die in Geschäften randalierte, mit Eisenstangen Bankfilialen demolierte, einen Bus anzündete und Molotowcocktails warf. Die Polizei schoss daraufhin mit Tränengas in die Menge.

Zu Beginn der Kundgebung hatten sich Gruppen aus ganz Rio de Janeiro im Zentrum auf der Hauptstraße Avenida Rio Branco versammelt. Mit Trompeten und Trommeln, Plakaten und Sprechchören trotzten sie dem Regen. Die 54-jährige Lucia Teresa etwa arbeitet seit 30 Jahren als Lehrerin an öffentlichen Schulen, vor allem in den Armeenvierteln Catumbi und Cidade de Deus. „Nur wegen des Geldes gehen wir nicht auf die Straße, sondern weil das System ungerecht ist. Wir haben in den öffentlichen Schulen zu große Klassen, keinen Zugang zum Internet, keine Computer. Eine gute Ausstattung bleibt das Privileg der Privatschulen“, sagt sie.

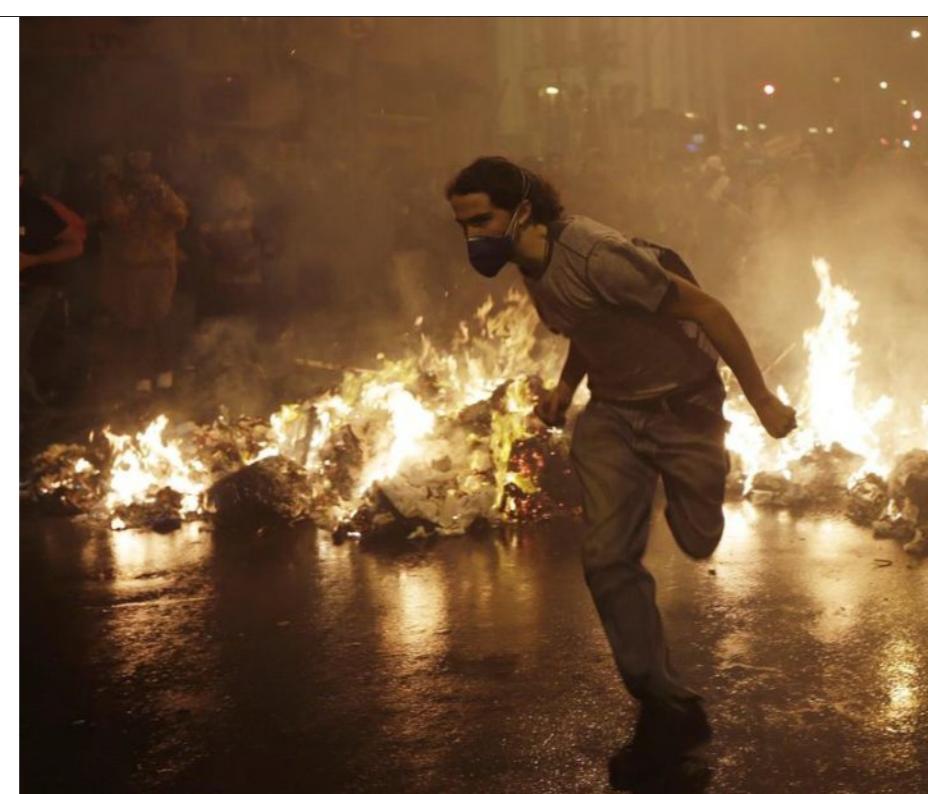
So wie Lucia Teresa scheinen das viele zu sehen in Brasilien. Die Lehrergewerkschaft spricht von 50.000 Demonstranten in Rio, die Polizei hingegen nur von 20.000. Unterstützung erhalten die Lehrer auch von jungen Leuten. Die 23-jährige Ingenieurstudentin Mariana Rodrigues da Santos beschreibt das Bildungssystem in ihrer Heimat als katastrophal. Sie selbst habe gerade ein Austauschjahr in Berlin absolviert und könne daher vergleichen. Doch was Mariana Rodrigues da Santos vor allem stört, ist, dass sie nicht einmal friedlich gegen Missstände protestieren darf. „Die Gewalt, die in der vergangenen Woche gegen die Lehrer angewendet wurde, war absurd und absolut falsch“, sagt sie – und geht genau deshalb aufs Neue auf die Straße.

Nicht das erste Mal hatte die Polizei also brutal reagiert, als streikende Lehrer versuchten, in das Gebäude des Stadtrates zu gelangen. „Es kann nicht sein, dass die Polizisten aggressiv und sogar mit Gummigeschossen gegen die Lehrer vorgehen“, kommentiert auch Leila de Lima, 48 Jahre alt, Lehrerin an zwei öffentlichen Oberschulen, die Übergriffe. Nun habe natürlich jeder Angst vor den Sicherheitskräften.



Um das Ausmaß der Zerstörung in Rio zu sehen, scannen Sie das Bild oben.

Wie das geht, lesen Sie auf Seite 10.



Ein Mitglied des „schwarzen Blocks“ flieht in Rio vor brennenden Müllbergen

Die Lage in Brasilien ist seit Monaten angespannt. Im Juni hatten Massenproteste gegen die Milliardenausgaben für die Fußball-Weltmeisterschaft 2014, die Erhöhung der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr und die grassierende Korruption das Land in eine tiefe politische Krise gestürzt.

Es sind vermummte Jugendliche, der sogenannte schwarze Block, die die friedlichen Demonstrationen in Straßenschlachten verwandeln. Auch diesmal mischen sich gegen 20 Uhr Randalierer mit schwarzen Tüchern oder Gasmasken auf dem Kopf unter die Demonstrierenden – obwohl die Polizei jede Form der Vermummung verboten hatte. Bei mindestens neun Bankfilialen zertrümmerten Randalierer Scheiben und zerschlugen mit Hämtern Geldautomaten und Sicherheitskameras, entwendeten tragbare Elektrogeräte, beschmierten historische Gebäude und plünderten kleine Läden. So wie in der vergangenen Woche schloss das Theater. Das internationale Filmfestival von Rio de Janeiro verlegte die Vorführungen aus Sorge vor den Ausschreitungen aus dem historischen Kino Odeon in die Südzone der Stadt.

Nun herrscht Katerstimmung in Brasilien. Zwar sind die zwischenzeitlich festgenommenen 15 Demonstranten mittlerweile wieder auf freiem Fuß. Und auch die Stadtreinigung hat mittlerweile den Unrat und Müll beseitigt, den die Randalier hinterlassen haben. Aber die Schlacht um die Deutungshoheit über das Vorgefallene ist in vollem Gange. In den sozialen Netzwerken empören sich Sympathisanten der Lehrer über das gewaltige Vorgehen der Polizei. Eine Pädagogin, die ihren Namen nicht nennen wollte, erklärte hingegen: „Die Zusammenstöße werden von denen provoziert, die das Chaos wollen. Wir müssen jetzt wissen, wer sie sind.“

Der Lehrerprotest in Rio de Janeiro wird auch bei der Buchmesse in Frankfurt thematisiert. Über 20 brasilianische Autoren wollten am Eröffnungstag ein Manifest zur Unterstützung der streikenden Lehrkräfte veröffentlichen. Der Schriftsteller João Paulo Cunha veröffentlichte auf seiner Facebook-Seite das dreisprachige Dokument. Darin fordern die Autoren bessere öffentliche Bildungseinrichtungen und kritisieren das gewalttätige Vorgehen der Polizei in Brasilien.

## Rio de Janeiro wird zur Kampfzone

Protestmarsch gegen das brasilianische Bildungssystem endet in Straßenschlacht

nicht in den Griff zu bekommen und die brutalen Aktionen der Polizei zu stützen.

Am Montagmorgen hatte der Gouverneur das Recht der Lehrer bekräftigt, an Protesten teilzunehmen. Aber eben auch gleichzeitig daran erinnert, dass die Polizei gegen Radikale vorgehen müsse. Bürgermeister Eduardo Paes bedauerte in einem Interview mit dem Sender Radio Globo die Ausschreitungen und forderte, dass „sich die Lehrer mit den neuen Gesetzen auseinandersetzen sollten“. Schließlich erhielten Pädagogen in Rio ab Oktober bis zu 15 Prozent mehr Gehalt. Fürstliche Gehälter zahlte Brasilien seinen Lehrern allerdings nirgendwo, im Nordosten des Landes liegt das Einstiegsgehalt bei umgerechnet knapp 400 Euro.

Das Zugeständnis in Rio aber konnte die Lehrer offenbar nicht besänftigen. Die Pädagogen befinden sich seit 53 Tagen im Streik. Sie fordern eine weitere Anhebung ihrer Gehälter und die Abschaffung neuer Vorgaben für die berufliche Eingruppierung und den Aufstieg von Lehrern an öffentlichen Schulen.

Kein Wunder also, dass die Polizei mittlerweile keinen guten Stand mehr hat in der Bevölkerung. Aber die Kritik richtet sich auch weiter nach oben: Der Gouverneur von Rio de Janeiro, Sérgio Cabral, und der Bürgermeister Eduardo Paes müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, die Proteste

## AUSLAND

NORDKOREA DROHT

### Pjöngangs Truppen in Bereitschaft

Nordkorea hat vor einem Militärmanöver Südkoreas, Japans und der USA seine Truppen in Alarmbereitschaft versetzt. Die nordkoreanische Armee sei angewiesen worden, „sich vollständig bereitzuhalten, um jederzeit mit Operationen zu beginnen“, sagte ein Sprecher des Generalstabs laut der staatlichen Nachrichtenagentur KCNA. Das Militärmanöver könne „unvorhersehbare Unglücke“ auslösen. Der Generalstabschef warnte, den „imperialistischen Streitkräften“ drohe eine „schreckliche Katastrophe“. Die USA sollten sich bewusst machen, dass Nordkorea auf „unverhohlene Provokationen“ umgehend mit „seiner starken militärischen Macht“ reagieren werde. Der Süden rief das Nachbarland zur Zurückhaltung auf. Südkoreanische Abgeordnete berichteten zudem, Nordkorea habe laut des südkoreanischen Geheimdienstes einen Plutoniumreaktor wieder in Betrieb genommen.

TÜRKIEN

### Kopftuch-Verbot für Beamte ist offiziell aufgehoben

Lehrerinnen und andere Staatsbedienstete in der Türkei dürfen ab sofort das islamische Kopftuch tragen. Das bislang geltende Verbot der Verschleierung in staatlichen Institutionen wurde am Dienstag mit der Veröffentlichung des entsprechenden Regierungsbeschlusses im Staatsanzeiger offiziell aufgehoben.

Auch Anwältinnen dürfen nun im Kopftuch vor Gericht erscheinen. In Kraft bleibt das Verbot für Richterinnen sowie bei der Polizei und in der Armee. Gegen der religiös-konservativen Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sehen in der Neuerung einen Beitrag zur Islamisierung der Türkei.

VATIKAN

### Keine Sonderregel für erneut verheiratete Geschiedene

Der Vatikan hat sich gegen Sonderwege im kirchlichen Umgang im Bereich der Familienpastoral ausgesprochen.

In dieser Frage sei ein einheitliches Vorgehen der Kirche notwendig, betonte Vatikansprecher Federico Lombardi am Dienstag mit Blick auf die Freiburger Initiative für wiederverheiratete Geschiedene. „Sonderlösungen vonseiten einzelner Personen oder örtlichen Stellen laufen Gefahr, Verwirrung zu stiften“, betonte der Sprecher in Ansprache auf die jüngste Handreichung aus dem Seelsorgeamt des Erzbistums Freiburg. Es handele sich nicht um eine

Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz oder des Freiburger Erzbischofs, fügte Lombardi hinzu.

LIByen

### US-Botschafterin in Tripolis wegen al-Libi einbestellt

Die US-Botschafterin Deborah Jones ist nach der Verschleppung des mutmaßlichen Al-Qaida-Terroristen Abu Anas al-Libi ins libysche Außenministerium einbestellt worden. Wie ein Beamter des Ministeriums mitteilte, nahm an dem Treffen mit der Diplomatin am Montagabend auch Justizminister Salah al-Marghani teil. Am gleichen Abend wurden den Angaben zufolge Angehörige von al-Libi im Ministerium empfangen. Die Regierung von Ministerpräsident Ali Seidan ist durch die Aktion der Amerikaner stark unter Druck geraten.

CHINA

### Polizei soll auf protestierende Tibeter geschossen haben

Polizisten in China sollen auf protestierende Tibeter geschossen und mindestens 60 Menschen verletzt haben. Mit scharfer Munition und Tränengas hätten die Sicherheitskräfte in der tibetischen Gemeinde Biru in der Region Naqu in die Menge gefeuert, berichtete der US-Sender Radio Free Asia. Weil Menschen in Tibet zum chinesischen Nationalfeiertag nicht die chinesische Flagge an ihren Häusern hissen wollten, hatte es seit rund einer Woche immer wieder Proteste gegeben.

## Flüchtlingspolitik unverändert

Trotz Katastrophe: Auch Deutschland will EU-Regeln beibehalten

MANUEL BEWARDER

Die Europäische Union will ihre Flüchtlingspolitik trotz der Schiffskatastrophe vor der italienischen Insel Lampedusa mit vielen Toten nicht grundlegend neu ausrichten. Das ist das Ergebnis des Treffens der EU-Innenminister in Luxemburg. Umfassende Reformpläne zur Asylpolitik scheiterten am Widerstand mehrerer Staaten, darunter auch Deutschland.

Am Donnerstag war vor Lampedusa ein mit rund 500 afrikanischen Flüchtlingen überfülltes Schiff im Mittelmeer gesunken. Rund 250 von ihnen wurden bisher tot geboren. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder solche schweren Unglücke an den EU-Außengrenzen. Staaten wie Griechenland oder Italien fühlten sich mit dem Flüchtlingsandrang seit Jahren überfordert.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte, die bestehenden Regeln zur Aufnahme von Flüchtlingen blieben „selbstverständlich“ unverändert. Zentraler Streitpunkt ist derzeit die sogenannte Dublin-II-Regelung. Demnach ist in Europa jedes Land für das Asylverfahren verantwortlich, in dem der Flüchtling ankommt. Friedrich sperrt sich hingegen gegen einen Verteilungsschlüssel, wie es ihn innerhalb der Bundesrepublik für die einzelnen Länder allerdings schon lange gibt.

Friedrich sagte mit Bezug auf europäische Statistiken, Deutschland sei bereits eines der Länder, das im Vergleich zur eigenen Bevölkerungszahl die meisten Flüchtlinge aufnehme. In die Bundesrepublik kamen rund 945 Asylbewerber

pro eine Million Einwohner, nach Italien dagegen rund 260. Auch EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström rief die Staaten dazu auf, die Verantwortung besser aufzuteilen. Derzeit entfallen die gesamte Last auf sechs oder sieben von insgesamt 28 Staaten. „Viele könnten mehr tun“, sagte Malmström.

Als langfristigen Ansatz schlug der Bundesinnenminister eine stärkere Kooperation mit den afrikanischen Staaten vor, damit sich die Lage in den Her-

„Es geht darum zu verhindern, dass noch mehr Menschen ums Leben kommen“

Alexander Graf Lambsdorff (FDP)

kunstländern verbessert und Schlepper bekämpft werden. Der außenpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder (CDU), forderte bei NDR Info einen Ausbau der Grenzschärfung und der Entwicklungshilfe. Einen Fahrplan für diese Vorhaben nannen beide Politiker jedoch nicht.

Eine schnelle Einigung auf europäischer Ebene könnte es jedoch beim unmittelbaren Umgang mit Flüchtlingsbooten auf dem Mittelmeer geben. Malmström forderte eine neue Operation der EU-Grenzschutzagentur Frontex

zur Seenotrettung im Mittelmeer: „Ich werde nach der politischen Unterstützung und den notwendigen Mitteln dafür fragen, um mehr Menschenleben zu retten“, sagte die Kommissarin. Für solch eine Operation sei jedoch die politische und finanzielle Unterstützung der Mitgliedsstaaten notwendig. Der FDP-Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff verlangte eine deutlich bessere Ausstattung von Frontex, um den Tod weiterer Flüchtlinge zu verhindern. „Jetzt geht es darum zu verhindern, dass noch mehr Menschen ums Leben kommen“, sagte er dem „Bonner General-Anzeiger“. Auch Friedrich forderte eine größere Anstrengung, um Flüchtlinge aus Seenot zu retten.

Insgesamt zeigte man sich in der EU-Kommission jedoch verärgert über die deutsche Haltung. Zumal Friedrich auch das Thema der Armutsmigration immer wieder in die EU-Debatte einbringt – also den verstärkten Zuzug von Bulgaren und Rumänen, die nach Deutschland kommen, um Geld aus dem Sozialsystemen zu beantragen. Auch der Deutsche Städte- und deutsche Politiker anderer Parteien sehen hier ein großes Problem. EU-Justizkommissarin Viviane Reding beschimpfte Friedrich hingegen „Bierzeltaussagen“.

Die Kommission präsentierte nun als Reaktion auf die Klagen einen Aktionsplan. Demnach will die EU die Staaten dabei unterstützen, Zwecke zu bekämpfen und die Wohnsitze der Einwanderer leichter zu ermitteln. Geld aus dem Sozialfonds soll ab Januar 2014 verstärkt in die soziale Integration und den Kampf gegen Armut gesteckt werden.

**Breaking Bad, die finalen Folgen ab heute auf AXN HD**

**sky**

Die besten Serien als Erster sehen.

Du willst es doch auch.

Hol Dir mit Sky alles, was das Serienherz begehrst. Die neuesten Folgen preisgekrönter Serien direkt aus den USA und ganze Staffeln jederzeit auf Abruf. In HD und auf Wunsch auch im Originalton.

Hol Dir das beste Angebot für Serienfans auf [sky.de](http://sky.de)

Ich seh was Besseres.